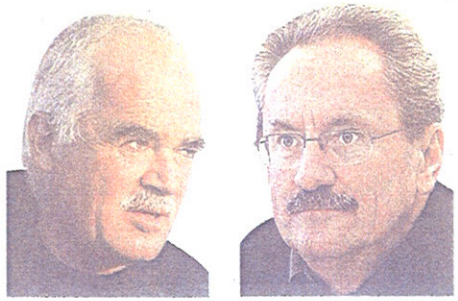
Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Das AKW in öffentlicher Hand

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Lieber Peter,
vielen Dank dafür, dass Du die städtische Beteiligung am Kernkraftwerk Isar II angesprochen hast. Das eröffnet mir die Chance zu wichtigen Klarstellungen

Zunächst einmal: Die Stadt besitzt nicht erst „seit 20 Jahren" ein Viertel dieses Reaktors, sondern seit den 80er Jahren, also wesentlich länger. Der Grundsatzbeschluss ist noch zu Zeiten Eurer absoluten Mehrheit im Münchner Rathaus gefasst worden, der Kauf kam dann aber zustande unter Oberbürgermeister Georg Kronawitter, mit den Stimmen etwa der Hälfte der SPD-Fraktion sowie allen Stimmen aus CSU und FDP. Die anderen Dreiviertel gehörten den Bayern-Werken, die der Freistaat Bayern dann dem Eon-Konzern einverleibt hat. Schorsch Kronawitter hat oft überzeugend dargelegt, warum er den Kauf befürwortet hat: Das Kraftwerk wäre auf jeden Fall errichtet worden, auch ohne städtische Beteiligung. Die Münchner Stromkunden hätten auch auf jeden Fall diesen Atomstrom beziehen müssen; dank der städtischen Beteiligung muss die Münchner Kundschaft aber nur den niedrigeren Erzeugerpreis und nicht den höheren Marktpreis zahlen.

Seit 1990 steht das rot-grüne Bündnis vor der Frage, wie mit dieser Beteiligung umzugehen ist. Natürlich wäre man den Reaktor gerne losgeworden, auch wenn er unbestritten durchaus lukrativ war. Du fragst: „Habt Ihr niemals ans Abschalten oder Aussteigen gedacht?" So einfach ist die Sache aber nicht. Ein 25-%-Teilhaber kann nicht bestimmen, wo es langgeht. Er hat nur die Wahl, sich überstimmen zu lassen oder sich von diesem Vermögenswert zu trennen. Also verkaufen. Aber das Gesetz verbietet Kommunen jeden Unterwertverkauf.

Es wäre also nicht nur dämlich, sondern auch gesetzwidrig gewesen, den Anteil dem Mehrheitsgesellschafter in den Rachen zu werfen, auf dass der mittlerweile privatisierte Konzern noch höhere Profite einfahren kann – dank höherer Preise, die der Münchner Stromkunde zu zahlen hätte. Vor allem aber gilt: Durch einen Verkauf wäre die Laufzeit um keine Stunde verkürzt, der in München abgesetzte Atomstrom um keine Kilowattstunde gesenkt worden.

Ich weiß, dass mancher puristische Kernkraftgegner den städtischen Gesellschaftsanteil dennoch mit Missbehagen sieht. Diese Kritiker sollten jetzt gebannt auf das Schwabenland blicken. Dort wird der erste grüne Ministerpräsident Deutschlands schon im nächsten Monat 45-prozentiger Anteilseigner bei gleich vier Atomkraftwerken sein. Das Land muss für diesen stolzen Besitz sage und schreibe 4,7 Milliarden Euro aufbringen, das hat Vorgänger Mappus so vereinbart. Was tun? Die Anteile mit Milliarden-Verlust frisch nach dem Preisverfall verscherbeln, um die Hände in vermeintliche Unschuld waschen zu können? Oder noch mehr Steuergeld in die Hand zu nehmen, um Mehrheitseigentümer zu werden und im Energiekonzern wenigstens das Sagen zu haben? Die Grünen Baden-Württembergs sind um dieses Dilemma nicht zu beneiden. Es macht deutlich, wo der Hebel anzusetzen ist: Nicht bei den Minderheitsgesellschaftern, sondern bei den gesetzlichen Regeln! Rot-Grün im Bundestag hatte doch schon die Begrenzung der Laufzeiten gesetzlich geregelt, das wäre ein geordneter Ausstieg gewesen – aber Ihr musstet ja diesen Konsens, dem sogar die Atomgesellschaft zugestimmt hatte, im vergangenen Jahr wieder in die Luft sprengen. Dies hat – Monate vor Fukushima – die alten Wunden wieder aufgerissen, die energiepolitischen Konflikte wieder verschärft. Ein wenig makaber ist es schon, dass es der japanischen Tragödie bedurfte, um zum Erkenntnisstand früherer Jahre endlich wieder zurückzukehren.

Du hast ja Recht: Die öffentliche Hand kann „nicht so einfach abschalten". Einfach nicht, aber im Konsens mit der Atomwirtschaft und mit gesetzlichen Vorschriften und ausreichenden Übergangsregelungen durchaus. Und dafür sind wir auch stets eingetreten, obwohl wir als Miteigentümer eines Atomkraftwerks von der Laufzeitverlängerung auf lange Sicht ökonomisch profitiert hätten. Wir waren seinerzeit der einzige Teil der deutschen Atomwirtschaft, der sich gegen den Einstieg in die Wiederaufbereitung erfolgreich zur Wehr gesetzt hat und der die rot-grüne Begrenzung der Laufzeiten trotz eigener ökonomischer Betroffenheit auch nach dem schwarz-gelben Regierungsantritt offensiv verteidigt hat. Deshalb sehe ich auch – obwohl der erste Anschein tatsächlich verwirrend ist – keine Glaubwürdigkeitslücke. Also ohne alle Häme: willkommen im Club.

Auf die Frage, wie die Atomenergie ersetzt werden kann, haben wir im Münchner Rathaus durchaus eine mittelfristige (zugegeben: keine sofortige) Antwort parat: Durch den rasanten Ausbau erneuerbarer Energien, mit dem wir schon 1994 (Geothermie in Riem) begonnen haben. Wenn wir es schaffen, mit Investitionen von 9 Milliarden Euro bis 2025 so viel Strom aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, wie von Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen insgesamt verbraucht wird, ist doch der Beweis geliefert, dass in diesem Zeithorizont ein Abschalten möglich ist. Also: ans Werk!

Dein Christian